

Die Vererbung der künftigen Vermögen. Hierzu kam später noch die Vergabe von Grund und Boden durch die Städte, wie die des Bauplatzes für das Berliner Schloss im Jahre 1442 durch die Städte Berlin und Köln, durch die das Vermögen der Fürstentümer ständig erweitert wurde. Außerdem wuchs das Vermögen ununterbrochen durch die Anschaffung von Wertgegenständen aus den damals noch vereinigten Kron- und Staatseinkünften. So schaffte sich z. B. Friedrich II. 130 jüwelfarbene Dojen aus dem Dispositionsfonds an, über dessen Verwendung selbst die Minister im unklaren gelassen wurden, die er dann später in seinem Testament neben „Gold- und Silbergeschmück, Bibliothek, Bildergalerie und dem Königreich Preußen“ seinem Neffen vermacht. Als im Laufe der Entwicklung eine immer weitergehende Trennung von Staats- und sogenanntem Privatvermögen zustande kam, wurde Anfang des 19. Jahrhunderts ein Teil der Domänen als „Kronfideikommiss“ zusammengefaßt, aus dessen Einkünften die Ausgaben des Hofes bestritten werden sollten, und als dessen Ertragswert die Krone eine unveränderliche Kronfideikommiss-Rente von jährlich 2½ Millionen Talern erhielt. Im § 12 des Vertragsentwurfes erklärt sich nun das Hohenzollernhaus damit einverstanden, daß diese Rente ab 31. März 1920 wegfällt. Nach 17 Revolutionsmonate soll also nach dem Rezept der republikanischen Regierung „der Einsame von Amerongen sein Königsgehalt weiterbezogen“ werden!

Der Vertrag berücksichtigt nur die augenblickliche formale Rechtsgrundlage, ohne im geringsten das geschichtliche Werden des ungeheuren Vermögens, die staatsliche Umwälzung und die Schuld des letzten Hohenzollern an der materiellen Verklammerung des Volkes in Betracht zu ziehen. Dabei hat sich die Familie nach dem Uebergang der Domänen in Staatsbesitz aus Ersparnissen der Kronsubsidien noch ungeheure Ländereien angeeignet, die ihr jetzt als Privateigentum verbleiben, als ob es sich um die Ersparnisse von Privatpersonen aus ihrem Arbeitseinkommen handelte. Die Familie Hohenzollern ist arm zur Herrschaft gekommen. Alles, was sie erworben hat, geschah aus ihrer staatsrechtlichen Funktion heraus, direkt oder indirekt auf Kosten des Volkes. Vor allem hätten also alle aus den Ersparnissen der Kronsubsidien gemachten Erwerbungen abgezweigt werden müssen, da die dafür verwendeten Geldmittel ihrer eigentlichen Bestimmung als Beitrag zu den Reparaturs- und Unterhaltskosten des amtierenden Monarchen entzogen worden sind und ihr Weiterverbleiben durch die Umwälzung hinfällig geworden ist. Die Bildung dieser Vermögenswerte zeigt nur, daß die Subsidien auch vom bürgerlichen Standpunkt übermäßig hoch gewesen sind.

Daß die ehemalige Königsfamilie verhungert, wird kein Mensch verlangen, aber dagegen hat sie sich selbst durch das Schaffen erblicher Werte ins Ausland bereits hinlänglich gesichert. Die entschädigungslose Zurücknahme aller vom Volkseigentum angeeigneten Werte und Rechte, schärfste steuerliche Heranziehung des Restes zur Liquidierung der Kriegsschuld hätte oberster Grundsatze bei der Abfindung sein müssen. Eine privatrechtliche Abfindung in der von der Regierung vorgeschlagenen Weise ist ein Raub am Gut des deutschen Volkes!

Seht dem König, was des Königs ist! Schön, was der Burggraf von Hohenzollern nach Brandenburg gebracht hat, ist verdammt wenig, und Wilhelm ist nicht mehr König. Was das Hohenzollernhaus inne hatte, gehört mit der Umwälzung dem Staat. Steht eine Bestimmung der Verfassung einer vernünftigen Vermögensauseinandersetzung mit den deutschen Exponenten entgegen, so muß die Verfassung geändert werden, und der Landtag muß auf dieser Änderung bestehen. Es ist Skandal genug, daß die Seine und Südekum in Ordnung ihrer rechtssozialistischen Ministerialtätigkeit eine Vorlage einzubringen gewagt haben, die aus dem Hauptkultigen am Weltkrieg den größten Kriegs- und Revolutionsgewinner machen würde. Der faulere Plan, das Geschick noch unter dem Presseverbot durchzupeifen, ist glücklicherweise mißlungen. Recht muß alles daran gesetzt werden, daß dieser Entwurf dorthin wandert, wohin er gehört, in den Papierkorb!

Der Verlust Nordschleswigs.

Der preussische Ministerpräsident Hirsch hat sich einem Mitarbeiter des „8 Uhr-Abendblatt“ gegenüber dahin geäußert, daß die preussische Regierung sich durch den Ausfall der Volksabstimmung keineswegs entmutigen lasse; sie werde vielmehr mit verdoppelter Energie an die Vorbereitungen für die Wahl in der zweiten Zone herangehen. Aus dem Ergebnis der Abstimmung habe Deutschland verschiedene Lehren gezogen, die es bei der Wahl in der zweiten Zone befolgen werde.

Wenn die „verschiedenen Lehren“, die Deutschland, also die Regierung des Reichs und Preußens, nur bei der Wahl in der zweiten Zone, in drilich und zeitlich begrenzter Art zogen, Beachtung finden sollen, so wird das deutsche Volk keinen großen Nutzen davon haben. Das für Deutschland ungünstige Abstimmungsergebnis ist nicht die Folge davon, daß von deutscher Seite die Propaganda minder eifrig betrieben worden ist als von dänischer Seite, sondern es ist die Frucht der gegen die Dänen jahrzehntelang betriebenen Unterdrückungspolitik. So deutlich wie nur möglich erweist es sich an diesem Falle, daß jede Unterdrückung, jede Willkürherrschaft sich zuletzt an ihren Urhebern rächen muß. Wenn die Regierung wirklich eine Lehre aus der Abstimmung ziehen und sie künftig anwenden will, so muß sie ihrer Politik der Unterdrückung und der Willkür, die sich jetzt gegen einen großen Teil des deutschen Volkes richtet, schleunigst ein Ende setzen.

In Dänemark weiß man, wem das für Deutschland ungünstige Ergebnis der Abstimmung zu verdanken ist. „Politiken“ in Kopenhagen sagt in einem Zeitartikel, daß überall im dänischen Volke der ehrliche Wille bestehe, den Deutschen, die nun nach Dänemark hinübergeraten, in offener und brüderlicher Weise entgegenzukommen. Niemandem werde es einfallen, sie für die preussischen Methoden verantwortlich zu machen, ebenso undenkbar sei die Anwendung von Methoden dänischerseits, die auch nur im entferntesten an die preussischen erinnern. Das Zeichen, unter dem das Dänentum zu siegen wünsche, sei allein die Freiheit. Wenn das Blatt bei dieser Gelegenheit die Hoffnung ausdrückt, daß die preussischen Methoden jetzt mit

dem deutschen Mikroskop verabschieden seien, so braucht man nur daran zu erinnern, daß die politischen Zustände in der „demokratischen“ Republik Deutschland schlimmer sind, als sie je waren, solange noch der preussische Militarismus nach ohne die Deckung durch Rechtssozialisten bei uns herrschte.

Das bisherige Abstimmungsergebnis.

Als Ergebnis der gestrigen Abstimmung in der ersten Zone der Nordmark wurden bisher festgestellt 29 223 Stimmen für Deutschland, 71 488 Stimmen für Dänemark; 313 Stimmen waren ungültig.

Eine französische Drohung.

Wie Gobas meldet, hat Ministerpräsident Millerand in einer Mitteilung an die deutsche Regierung angekündigt, daß die Räumungsfrist für das besetzte Rheingebiet auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werde, da Deutschland nicht die im Friedensvertrag bestimmten Kohlenlieferungen ausgeführt habe. Offiziell wird dazu bemerkt, daß eine solche Mitteilung bisher nicht in die Hände der deutschen Regierung gelangt sei. Die französische Meldung scheint aber ihre Richtigkeit zu haben, denn schon in der Kammerdebatte vom 8. Februar hat Millerand Ausführungen über die ungenügenden deutschen Kohlenlieferungen gemacht und mitgeteilt, daß Frankreich von der Postkastenförderung die Ermächtigung zum selbstständigen Vorgehen gegen Deutschland erhalten habe. Die Beschwerde des französischen Ministerpräsidenten über die mangelhafte Kohlenlieferung Deutschlands ist vorher vom „Temps“, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, in folgender Weise begründet worden:

Nach dem Protokoll vom 20. August 1919 sollten die deutschen Behörden den Verbündeten monatlich 1 600 000 Tonnen Kohlen liefern, vorausgesetzt, daß die Gesamtförderung der deutschen Gruben 9 Millionen Tonnen im Monat nicht übersteigt. Falls die Förderung diese Ziffer übersteigt, sollte Deutschland den Verbündeten einen bedeutenden Teil des Ueberschusses (bis zu einer gewissen Höhe von 6 v. H. und von da ab 50 v. H.) abliefern. Im vergangenen Dezember hat Deutschland ungefähr 10 450 000 Tonnen geliefert. Davon hat es abgeliefert? Ungefähr 6 000 000 Tonnen, eine Ziffer, die es vorher nicht erreicht hatte und schwerlich auch nicht mehr erreichen will. In der Zeit vom 1. bis zum 30. Januar hatten seine Kohlenlieferungen nur das lächerlich kleine Quantum von 2 600 000 Tonnen erreicht. Seit dem 10. Januar ist der Vertrag von Versailles in Kraft. Frankreich müßte also bis zu 27 Millionen Tonnen Kohlen im Jahre erhalten. Vor der Vertreibung der deutschen Regierung im Oktober unterzeichnet hat, Deutschland keine mehr als 7 500 000 Tonnen monatlich liefern. Die Lage ist mithin die folgende: Für den Monat Januar hat Deutschland über ungefähr 8 Millionen Tonnen Kohlen verfügt, während das gegenseitige und bewährte Frankreich sich mit 3½ Millionen Tonnen begnügen mußte. Der „Temps“ fügt hinzu: „Der Skandal, den wir heute bei der Kohlenlieferung erleben und morgen bei der Auslieferung der Schulden erleben werden, wird sich übermorgen wiederholen, wenn es sich darum handeln wird, die Auslieferung des Kriegsmaterials durchzuführen.“

Ob diese Angaben zutreffen, können wir noch nicht feststellen. Es ist aber anzunehmen, daß die Kohlenlieferungen an Frankreich nicht den im Vertrag vorgesehenen Umfang erreicht haben. In der schweren Krise in der Auslieferungsforderung mit der Entente scheint sich jetzt also eine neue Krise zwischen Deutschland und Frankreich zu gestalten!

Die französische Note.

Die in der Gassandmeldung angekündigte Note ist nunmehr der deutschen Regierung zugegangen. Ihr Inhalt deutet sich mit den Ausführungen des „Temps“. Der Schluß lautet:

„Unter Bezugnahme auf Artikel 429 des Friedensvertrages erklärt die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, da Deutschland die Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt hat, die Fristen für die Räumung der besetzten Gebiete aus nicht zu lausen begonnen haben. Ferner, wenn am 1. März 1920 Deutschland in weiterer abschließender Nichterfüllung seiner Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch rückständigen bereits fälligen Lieferungen sowie das volle Februarquantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Besatzungsmaßnahmen und allgemein zu solchen Maßnahmen zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet, wie das für solche Fälle der Vertrag besonders vorsieht. Die französische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen sein wird, andere Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen, wie sie das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das Schreiben vom 23. Dezember 1919 als Bedingung für das Inkrafttreten des Vertrages vorgesehen haben.“

Hierzu wird offiziell bemerkt, daß die Note von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht und zu falschen Schlussfolgerungen gelangt. Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem Versailler Protokoll vom 20. August 1919 sind in der Note sachlich unrichtig wiedergegeben. Deutschland hat in dem Protokoll lediglich erklärt, mit der Lieferung von Kohle an die alliierten und assoziierten Mächte sofort beginnen zu wollen. Bestimmte Mengen Kohlen vorzuzusetzen hat Deutschland in dem Protokoll nicht versprochen. Als Gegenleistung für diese durchaus freiwillige Vorlieferung von Kohle hat das damalige Organisationskomitee in Aussicht gestellt, dem Wiedergutmachungsausschuß nach seinem Inkrafttreten, also nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, vorzuschlagen, daß Deutschland auf der Grundlage einer gesamten deutschen Erzeugung von 9 Millionen Tonnen Kohlen im Monat 1 600 000 Tonnen monatlich an die Entente liefern soll, und zwar bis zum 30. April 1920. Dieses ist eine einseitige Erklärung der alliierten Mächte, mit welcher eine Ermächtigung der im Friedensvertrage an sich vorgesehenen Gesamtanforderungen bis zum 30. April 1920 sichergestellt werden sollte. Der Wiedergutmachungsausschuß hat diese Erklärung der deutschen Regierung gegenüber erst durch Note vom 30. Januar 1920 bekräftigt. Da nach § 10 des Anhangs V zu Teil VIII des Friedensvertrages die Anforderung seitens des Wiedergutmachungsausschusses und eine bestimmte, vertragmäßig festgesetzte Ankündigungsfrist für den Beginn der Pflichtlieferungen entscheidend sind, folgt aus Vorstehendem, daß eine Verpflichtung Deutschlands zur Lieferung bestimmter Mengen Kohle nicht besteht. Die bisherigen Kohlenlieferungen sind als durchaus freiwillig zu betrachten und es kann deshalb auch kein Vorwurf gegen Deutschland daraus hergeleitet werden, daß bestimmte Mengen nicht erreicht worden sind.

Der Hinweis auf Vergeltungsmaßnahmen, so wie es sonst offiziell bemerkt, die nach dem Vertrage nur im Falle vorsätzlicher Nichterfüllung der Verpflichtungen in Frage kommen können, sowie auch eine Änderung des Art. 429 des Friedensvertrages, der die Räumungsfrist für die besetzten Gebiete regelt, erscheinen nicht verständlich. Für die Beurteilung dieser Fragen sei nicht die französische Regierung, sondern nur der Wiedergutmachungsausschuß zuständig. Es sei nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungsausschuß Anlaß finden könnte, derartige Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Die kommende Diktatur.

In der monarchistischen Presse wird ein Aufruf veröffentlicht, aus dem unabweislich hervorgeht, daß die Nationalisten der Frage der Auslieferung mit der Errichtung einer rechtsstehenden Diktatur beggnet wollen. In dem Aufruf heißt es, daß Protestversammlungen nicht mehr genügen, die „große Sache“ fordere vielmehr „ein Unmöglich der Tat“. Alle, die für Deutschlands Recht zu handeln bereit seien, sollen sich zusammenschließen. Die Tendenz des Aufrufs wird zutreffend gekennzeichnet durch die Unterschriften. Neben dem Vorkämpfergeneral v. d. Golz finden wir den Obersten Reinhard, die alldeutschen Professoren Dieckhoff, Schaefer und Gustav Roethe, den untermerikanischen Pfarrer Traub, den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Freiherren v. Wangenheim, sowie eine Reihe von weiteren Namen und Organisationen, die allesamt hinreichend dafür bekannt sind, daß ihr Ziel die Wiedereinführung der Monarchie ist. Und es ist sicher keine Verirrung, wenn sich unter den Unterzeichnern des Aufrufs auch der frühere Staatsminister Dr. Friedberg befindet, der äußerlich zwar der Demokratischen Partei angehört und Mitglied der Nationalversammlung ist, mit seinem Herzen aber immer bei der Sache war, für die er jetzt durch die Vergabe seines Namens eintritt.

Die Verhinderung der Auslieferung ist für die Nationalisten zum Nebenziel geworden. Sie benötigen diese Angelegenheit lediglich als agitatorischen Gesichtspunkt aus und verüben damit das Volk zu herauschen. Aber immer deutlicher tritt hinter den Schleier der „vaterländischen Ehre“, die diese Kreise zu führen vorhaben, der wahre Charakter der ganzen Agitation hervor: Die Beseitigung der heutigen Regierungsform durch eine rechtsstehende Diktatur als Vorläuferin der erstrebten Hohenzollernherrschaft. Das muß heute nahezu auch den dümmsten Klug geworden sein, und um so notwendiger ist es daher für die Regierung, alle Ventile zu öffnen, die Presseverbote aufzuheben, den Belagerungsstand zu beseitigen, damit die wahre Meinung des gesamten Volkes zum Ausdruck kommen und der demokratischen Flut ein breiter Damm entgegengesetzt werden kann.

Schwere Verurteilung.

In einem Artikel über die Auslieferungsforderung schreibt der „Temps“:

„Wenn die Verbündeten sich veranlaßt haben, die Auslieferung der Schuldigen zu verlangen, und wenn sie sich genötigt sehen, auf der Erfüllung des Artikels 228 zu bestehen, so fällt die Verantwortung dafür in vollem Umfang auf die Reichsregierung. Welchen Eifer haben die deutschen Behörden gezeigt, um die Urheber der Deportation, der Minderungen und anderer Verbrechen, deren Zeuge die ganze Welt ist, zu bestrafen? Fünfzehn Monate nach der Revolution, die das kaiserliche Regime gestürzt hat, wartet man noch auf den ersten Prozeß. Welche Sicherheiten für unparteiliches und mutiges Vorgehen bei der Verurteilung schuldiger Offiziere hat die deutsche Justiz gehalten? Man denke nur an den Rasch-Prozeß! Wie kann die deutsche Regierung immer noch verkennen, daß das beste und einzige Mittel zu wirksamer Beteiligung im Interesse der Herbeiführung des internationalen Friedens die Bestrafung der Kriegsverbrecher ist! Wie hat sie nicht längst erkannt, daß Deutschland in dem Maße verächtlich und verhaßt bleibt, in dem es der öffentlichen Verleumdung und Züchtigung der Uebelthäter zu entgehen versucht? Was hindert die deutsche Regierung, die Initiative dazu zu ergreifen, in einer Form, die ihm am meisten zusagt? Würdigen sie die Ungleichheit der militärischen und alldeutschen Kreise? Dann müssen die Verbündeten es eben mit diesen finsternen Mächten aufnehmen, mit denen sie sich nicht einzulassen wagte.“

Auch diese Ausführungen betweisen, wie schädlich die Rechnungströgerei gegenüber den nationalistischen und militaristischen Einflüssen dem deutschen Volke geworden ist.

Stimmen der Vernunft in England.

L. H. London, 11. Februar.

Im englischen Oberhause gab Lord Curzon seinen Meinung dahin Ausdruck, daß man gewisse Teile des Friedensvertrages von Versailles mit Deutschland revidieren und sofort abändern sollte, wenn Deutschland die Absicht zeige, den Verpflichtungen des Vertrages nachzukommen. Er führte an, wie werden unter Umständen tun, um Deutschland in dieser Aufgabe zu helfen und ihm zu ermöglichen, seinen Platz unter der zivilisierten Gemeinschaft der Welt wieder einzunehmen. Lord Curzon erklärte ferner, daß die Lage im Orient schwere Besorgnisse erzeuge.

Rotterdam, 11. Februar.

„Neuzeitliche Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im Verlaufe der Debatte über die Antwoortadresse auf die Thronrede erklärte der Führer der Arbeiterpartei Adamson: Ich bin der Ansicht, daß einige Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland so schwer sind, daß wenig Hoffnungen besteht, sie aufzuheben. Wir erblicken Anzeichen dafür, daß das deutsche Volk von den Alliierten die eine oder andere Abänderung der aufgezogenen Bedingungen erwartet, und ich möchte den Herren Ministern und den Mitgliedern der Regierung vorzuschlagen, die Verträge mit Österreich, Bulgarien, der Türkei und Ungarn perfekt sind, die Lage zu erwägen und genau zu untersuchen, damit, bevor diese Verträge endgültig ratifiziert sind, ein dauernder Friede geschlossen werden kann.

In seiner Rede erklärte Lloyd George mit Bezug auf Rußland im einzelnen, es sei nicht gelungen, Rußland mit Gewalt gefund zu machen. Er glaube, daß man es durch den Handel retten könne. Rußland habe Rang und Ruf als

Gewerkschaftliches.

Die Buchbinder und die Januarereignisse.

In einer gründlichen Abfuhr der Rechtssozialisten kam es in einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Buchbinder und Kopierarbeiten Deutschlands...

Schon in dieser Versammlung, die zu vier Fünfteln von Kollegen der linken Seite besetzt war, hatten sich die Rechtssozialisten eine grundsätzliche Abfuhr...

Die Ortsverwaltung hatte nur am 10. Februar eine öffentliche Mitgliederversammlung nach den Muster-Sitten einberufen...

Eine recht erfreuliche Diskussion hat die Ausführungen des Referenten nur unterbrochen. Gegenüber den Ausführungen des Rechtssozialen...

Nachfolgende Resolution wurde gegen acht Stimmen angenommen:

Die heutige Mitgliederversammlung billigt die Maßnahmen der Ortsverwaltung, indem sie die Mitglieder auffordert...

Die Versammlung spricht ferner der Regierung, welche Verträge und Verträge, die den Interessen der Arbeiter...

Sie protestiert ferner gegen die Quereingriffe einiger Kollegen aus der S. P. D., die bloß die Folge haben...

Die Hilfskräfte des Magistrats zu den Teuerungszulagen.

In einer am Dienstag in der Wohnung des Herrn... in einer ca. 4000 Hilfskräften der Gruppe I und III besetzten Versammlung...

Bedingung dafür vorhanden sei. Nach langen und wiederholten Verhandlungen wurde folgender Schlußsatz angenommen: Die Teuerungszulage beträgt ab 1. Januar 1920 für Jugendliche...

Im Anschluß daran berichtete Hochschild über den ausführenden Ausschuss, der abgelehnt werden mußte, da Stadtrat Seiffert...

Heinrich vom Zentralen Ausschuss berichtete über die Neuwahl der Betriebsräte und die Spitzenvertretung beim Magistrat...

Folgender Antrag: Der Zentrale Ausschuss behandelt gemeinsam mit der Arbeitergemeinschaft bei dem Magistrat die Zusammenlegung der Betriebsräte...

In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner für die Neuwahl des Ausschusses aus, da das Vertrauen zu den Führern nicht mehr vorhanden sei...

Die Vertreter der Gewerkschaften, die zu dieser Versammlung erschienen waren, um sich für den Mantelvertrag zu erklären...

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zentrale in Berlin, hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab...

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zentrale in Berlin, hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Dem Bericht über die 1. Delegiertenversammlung...

Marx zugestanden, und dann auch noch ohne die verlangte Rückwirkung vom 1. Januar ab. Doch für das gesamte Agitationsgebiet sind im letzten Quartal...

Wenn nicht immer allen Wünschen Rechnung getragen werden konnte, so führte Reimann weiter aus, dann lag es daran, daß die Verhältnisse härter waren als wir...

Die Diskussionen erörterten sich mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung einverstanden, wiewohl jedoch scharf Kritik an dem Austritt des Kollegen Ulrich...

Der Kolonnenbericht lag gedruckt vor und wurde einstimmig genehmigt. Da die kommende Zeit hohe Anforderungen an die Lohnklasse stellen wird...

Als unbeständige Verwaltungsmittelglieder wurden wieder rekrutiert die Kollegen Pohl, Brügge, R. Reimann, Becker, Köhler...

Achtung! Stukkateure.

Die Inhaber von Stuckgeschäften lesen den Stukkateuren einen von der Innung herausgegebenen Reders zur Unterschrift vor...

Kollegen, die Sektionsleitung ist bei den Verhandlungen wegen Teuerungszulage am 23. Oktober 1919 auf den Vorschlag...

Kollegen, wir stehen jetzt in Tarifverhandlungen und ist es Pflicht eines jeden Kollegen, bei den Beratungen seine Bedenken zum Ausdruck zu bringen...

Es ist eine Ungerechtigkeits und zeugt von wenig sozialem Verständnis den Arbeitlosen gegenüber, wenn der Arbeitgeber...

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript abgetragen von Derrynia zur Röhren.

III.

Nun kam die Fahrt durch die Nordsee, die nordwestliche Küste entlang, in einem Reich von Nebel und kochenden Wäldern...

Jimmies Vorgesetzter, Leutnant Cannett, war karflos und barsch; durch einen Zwischenfall er während in die Welt, als wisse er genau, daß sie ihn tödlichen wolle...

Leutnant Cannett fragte gar nicht, was Jimmie geantwortet habe, er wollte ihm einfach seine Worte mit und bemerkte...

eroffener mich nicht. Ich würde Ihnen raten, Ihre Ansichten für sich zu behalten, sonst könnte es Ihnen übel ergehen...

Worin zum Teufel besteht die Rechte des Soldaten? Ist ihm gestattet, über Politik zu sprechen und mit den Ausprüchen seines Präsidenten übereinzustimmen?

IV.

Der Transport befand sich in der Region der Eisberge, der tief herabhängende Nebel und mit Schnee bedeckten Felsenriffe...

Seit Kriegsbeginn waren die Alliierten hier gewesen, hielten Docks, Scheunen, Eisenbahnhäfen errichtet, doch gab es deren noch nicht genug...

Vandelnwärts gab es ungeheure Fichtenwälder und unendliche, moosbewachsene Sümpfe, in denen man zur Sommerzeit bis an den Hals versinken konnte...

gefüllt, so daß nur die Nasenspitze herausblieb, und man dem Weichschienemantel gleich, den man als Kind in Wilderhühnern...

In diesem Land gab es selbstverständlich nicht einmal ein Sommer für Automobillinien fahrbare Straßen. Jimmies Arbeit beschränkte sich auf die Stadt und etliche angrenzende Lager...

Die ersten Tage freilich fand er keine Zeit zum Nachdenken, war fleißig wie eine Kamele, brachte seine Leute an Land, stellte Tische und Werkzeuge in einem Holzschuppen auf...

Alle hatten geglaubt, die Expedition gehe gegen die Deutschen, und nun stellte sich heraus, daß sie in Wirklichkeit gegen die Bolschewiki ging! Die soziale Revolution war auch in Archangelsk ausgebrochen...

weitere jeder die Unterfrist und werden wir uns in der Versammlung am Dienstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, bei den Tarifberatungen mit der Arbeitsratsverwaltung befassen. Die Sektionsleitung.

Am den Ruhetag im Zeitungsgewerbe.

Am 10. Februar 1920 trafen die Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe und die Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes zusammen, um über die Fortsetzung eines freien Tages für die Zeitungsausdrägerinnen zu verhandeln.

Von den Vertretern des Transportarbeiterverbandes wurde die Forderung gestellt, daß die Zeitungsausdräger in Deutschland auf das Ausstragen der Sonntagsausgabe ab 1. April d. J. verzichten sollten. Von den Vertretern der Zeitungsausdräger wurde mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Schädigung der Zeitungen durch den Verzicht auf die Sonntagsausgabe diese Forderung als unmöglich abgelehnt. Am aber den Wünschen der Zeitungsausdrägerinnen nach einem arbeitsfreien Tage entgegenzukommen, erklärten sich die Vertreter des Arbeitgeberverbandes bereit, auf die Montag-Morgenausgabe zu verzichten, trotzdem aber keinen Abzug für die mindergeleistete Arbeit vorzunehmen.

Dieses Entgegenkommen wurde von den Vertretern des Transportarbeiterverbandes als nicht genügend abgelehnt und dem Hinweis, daß sie zum Abschluß eines Abkommens auf dieser Grundlage nicht ermächtigt seien.

Tariffbewegung im Versicherungsgewerbe.

Der Arbeitgeberverband berichtet die Nachricht, daß er dem Arbeitsministerium mitgeteilt habe, daß er bei dem Abschluß des Tarifvertrages mit dem G. I. V. bereits an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen sei, so daß weitere Zugeständnisse keineswegs in Aussicht gestellt werden könnten. Diese Mitteilungen sollen nur dazu dienen, die Angehörigen zu beruhigen, die bekannten Reserve zu unterzeichnen. Vor dem Schlichtungsausschuß wird sich bestimmt die Unhaltbarkeit der Behauptungen der Arbeitgeber in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Versicherungsgesellschaften herausstellen. Die Anwälte müssen daher auf alle Fälle die Unterzeichnung der Reserve ablehnen. Es handelt sich, wie bekannt, nur noch um eine Frist von ein paar Tagen.

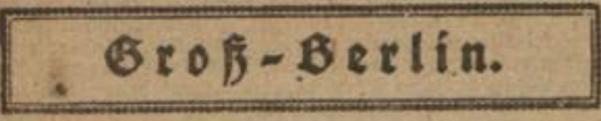
Die Holen- und Wollschneider und Schneiderrinnen des Schneiderverbandes beschäftigten sich in einer Versammlung am Dienstag mit dem Angebot der Unternehmer. Der Tarif, der wesentliche Verbesserungen bringt, wurde eingehend erörtert und gut geheißen. Der krankheitslosen Ausdeutung in dieser Branche ist durch den Tarif, der sich in zwei Teile mit Lohnskalen für Familienmeister und Arbeitermeister gliedert, endlich ein Ziel gesetzt. Es ist der erste Tarif, der für diese Branche abgeschlossen wurde, und damit sind für sämtliche Branchen der Garmentkonfektion tarifliche Abmachungen getroffen.

Die vom Galzarbeiterverband beschlossene erhöhte Streikunterstützung wird von der zweiten Streikwoche an gezahlt, und für die Zeit 13 Wochen im Streit befindlichen Kollegen der Frau Ledermann gilt der Beschluß, die erhöhte Unterstützung rückwirkend zu zahlen.

Achtung! Funktionäre der Papierindustrie! Die allgemeine Funktionärenversammlung findet erst am Montag statt. Näheres siehe Inserat am Sonntag. Die Zentrale der Betriebsräte.

H. G. G. Gennigsdorf. Die Auszahlung der Unterstützung der gesammelten Gelder findet am Sonntag, 14. Februar, nachm. 2 Uhr, im Streiklokal Rothvinger Str. 51 statt.

Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin. Die Hauptversammlungen zu der Delegierten-Versammlung am Sonntag, den 15. Februar d. J., gelangen durch die Fachgruppen zur Ausgabe. Die bisher in Umlauf gesetzten grünen Karten sind ungültig.



Am die wohlverordneten Rechte der Beamten.

In dem neuen Gesetzentwurf Groß-Berlin spielt die Beamtenfrage eine nicht unerhebliche Rolle. Eine Unmenge von Petitionen sind dem mit der Materie vertrauten Ausschuß der Preussischen Landesversammlung zugegangen, die in der Hauptsache auf die Reichsreform hinweisen, in der von wohlverordneten Rechten der Beamten die Rede ist. Seit Inkrafttreten von Groß-Berlin fürchten einige Beamtenkategorien, daß ihre wohlverordneten Rechte verletzt werden könnten. Das soll angeblich dadurch geschehen, daß durch die Einheitsgemeinde ein neues Dienstbeur geschaffen wird, und daß die Tätigkeit einiger Beamtenkategorien nicht mehr die gleiche wie bisher sei. Man könne diesen Beamten nicht zumuten, mangels einer Stellung anzunehmen, die nicht ganz dieselbe sei wie bisher. So könne man, um ein Beispiel zu nehmen, einem Stadtrat von Berlin nicht ohne weiteres zumuten, als Stadtrat eines Bezirksamtes zu fungieren, weil das Bezirksamt ausführendes Organ des Groß-Berliner Magistrats sei und der Stadtrat im Bezirksamt nicht dieselbe selbständige Tätigkeit ausübe wie als Stadtrat von Berlin. Noch andere teilen die Beamten des Zweckverbandes auf, die meinen, weil der Verband aufgelöst werde, gäbe es für sie keine gleichartige Stellung. In allen solchen Fällen müßte die neue Gemeinde den bisherigen Inhabern der Stellen Ruhegeld zahlen, ohne daß die Betroffenen einen Finger krümmen zu machen brauchen. Das geschähe auf Grund der wohlverordneten Rechte der Beamten. Der Gesetzgeber hat auch das Interesse der Allgemeinheit wahrzunehmen, und er muß, ohne Rechte zu verletzen, auch vom Standpunkt der Allgemeinheit aus die Sachlage prüfen. Praktisch wird es so kommen, daß die meisten Beamten gern eine gleichwertige Stellung annehmen, und daß nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl übrig bleibt, für die zunächst eine Verwendung nicht vorhanden ist. Durch dieses Betonen der wohlverordneten Rechte der Beamten werden nur die Angehörigen der Beamtenkategorie, die diese nicht im Beamtenverhältnis Stehenden eher zur Entlassung kommen werden. Der Ausschuß hat mit den Beamtenvertretern in dieser Sache Rücksprache genommen, und es wird eine Fassung gefunden werden, die einen Ausgleich zwischen den widersprechenden Interessen darstellt.

Wohin ist die Wahrung der wohlverordneten Rechte der Beamten führt, geht daraus hervor, daß der Polizeipräsident von Neufölln Herr Becker seit Ende 1918 keinen Dienst tut, sein volles Einkommen mit Steuerzulage und freie Dienstwohnung erhält und eine einträgliche Stellung bei der Spirituszentrale haben soll. Der frühere Gemeindevorsteher von Adlershof bezieht sein früheres Gehalt und ist Gemeindevorsteher von Rantzen. Dort bezieht er

noch sein Gehalt, sondern „Repräsentationskosten“, was nur eine Umgehung der Gehaltspaltung darstellt. So werden die wohlverordneten Rechte auf Kosten der Steuerzahler wahrgekommen. Wenn das Reichsgesetz ausbricht, daß Einkommen aus gewinnbringender Tätigkeit auf das Parteiober- oder Ruhegehalt Anrechnung findet, dann wird die Sache anders aussehen.

Vom Wirken der Polizei.

Am Volkstempel Bloß wurden gestern morgen verschiedenen Zeitungshändlern Nummern der „Freiheit“ von Sicherheitspolizeuleuten fortgenommen. Gegen Mittag brachte man die Zeitungen wieder zurück mit dem Bemerkten, es läge ein Verstoß vor. Auf den Einwand der Händler, daß an einen Verkauf zur Mittagsstunde nicht mehr zu denken sei und so die Händler geschädigt wären, behaupteten die Sicherheitsleute, sie könnten nicht dafür, da sie befehlsgemäß gehandelt hätten. Daraus ergibt sich, daß die vorgelegte Behörde geschlossen haben muß, wenn sie noch nicht mußte, daß die „Freiheit“ seit Montag abend wieder erscheint. Wenn irgendwie Befehle gegeben werden müßte, doch dafür gefordert werden, daß sie rechtzeitig wieder aufgehoben werden, wenn die Voraussetzungen nicht mehr bestehen. Aber bei uns macht man das eben so.

Protest gegen die Verkürzung der Brotzeit.

Dem Reichsernährungsminister Schmidt ist folgende Entschuldig übermitteln worden:

Die am 4. 2. 20 in den Räumen des Kolberger Salons tagende Konferenz der Funktionäre des gesamten Siemens-Konzerns legen entschieden Protest gegen die Verkürzung der Mahl- und Brotzeit ein. Auf Grund der schädlichen Verkürzung der Brotzeit mit Kartoffeln und Nahrungsmitteln ist die Arbeitskraft der Allgemeinheit an und für sich geschwächt und es besteht die Gefahr, daß durch die jetzt einsetzende Verkürzung einer der Hauptnahrungsmittel die Arbeitskraft noch mehr sinken muß. Im Interesse der Volksgesundheit fordern die Funktionäre die Regierung auf, von diesem Schritte Abstand zu nehmen und unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß die jetzt so schlecht gestellte Ernährung sogar eine Verbesserung erfahren muß.

Der Metallarbeiterverband hat in einem Briefschreiben darauf hingewiesen, daß ähnliche Verkürzungsentscheidungen aus den verschiedenen Vertrieben Groß-Berlins dem Verbandsvorsitzenden sind. Der Verband erklärt, sich den in der Resolution angeführten Behauptungen voll anzuschließen.

Zu den Wahlen für die Elternbeiräte.

Nach den vom Unterrichtsminister getroffenen Aufschreibungen zur Wahlordnung für die Elternbeiräte sollen die Eltern derjenigen Kinder, welche zu Ostern d. J. eingeschult werden, in die Wählerliste aufgenommen werden, während die Eltern derjenigen Kinder, die zum gleichen Zeitpunkt die Schule verlassen, nicht mehr aufgenommen werden sollen. Denjenigen Eltern, denen an der Aufnahme in die Wählerliste gelegen ist, kann daher nur empfohlen werden, sich von dem für ihre Wohnung zuständigen Schulkommissionen vorstehenden die Schule, in welche ihr Kind eingeschult wird, bezeichnen zu lassen, damit sie dort ihre nachträgliche Eintragung in die Wählerliste herbeiführen können.

Volkshochschule Groß-Berlin.

Von den Kursen, die Donnerstag und Freitag stattfinden, heben wir noch die folgenden hervor. Diese Woche wird überall erst der zweite Abend abgehalten, weshalb wir die Teilnahme noch empfehlen können.

Leo Neßberg: Franz Diszels Bedeutung für die künstlerische Entwicklung des 19. Jahrhunderts. Jeden Donnerstag 7-8 Uhr abends. Luisenstädtisches Gymnasium, Kula, Weinstraße 49.

Prof. A. Thiel: Die Elemente der Musik (Arbeitsgemeinschaft). Jeden Donnerstag 8-9 Uhr abends. Luisenstädtisches Gymnasium, Kula, Weinstraße 49.

Dr. Dietrich: Bedeutung und Tragweite der Philosophie. Jeden Donnerstag 7-8 Uhr abends. Treptow, Realgymnasium, Kula, Neue Krugallee 8.

Univ.-Prof. Dr. H. Levy: Die Grundlagen der modernen Volkswirtschaft. Jeden Freitag 6 bis 7 Uhr abends. Friedrichs-Realgymnasium, Kula, Wittenwalder Straße 34/37.

Arbeiter-Volkshochschule der U. S. V. Der Kursus des Genossen Dr. Paul Gery wird nicht mehr im Köllnischen Gymnasium, sondern im Saal der Arbeiter-Volkshochschule, Schilderstr. 5/6, gehalten. Der nächste Abend findet erst am 19. Februar statt.

Küchenschule der Groß-Berliner Arbeiterkass. August Reichs- funde von Dr. Schöndel hält heute abend aus. Die Hörer werden gebeten, sich an dem Einzahlort des Genossen Schöndel in den Vharussäulen, Müllerstraße 142, abends 7 Uhr, zu beteiligen.

Bei der Kinderschulskommission sind eingegangen: Vohra Oßen, Kopenhagen, 100 M., Bornisch 25 M., Fergelow 25 M. Im ganzen sind es bis jetzt 835 M. R. Demming.

Der Kritikenstreik im Wintergarten hat zu einer Verständigung geführt. In dem Abkommen wird u. a. ausgedrückt: Der Tarifvertrag wird anerkannt. Die im Wintergarten engagierten Kritiken erhalten für den Monat Februar 1920 die ihnen verbrieflicht zugesicherte Gage. Maßregelungen finden nicht statt. Der Wintergarten behält sich vor, den Tarifvertrag mit Wirkung vom 1. März 1920 außer Kraft zu setzen.

Lebensmittellisten.

Berlin. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats gelangen in Berlin auf Abschnitt Nr. 93 und 97 der Lebensmittellisten der Stadt Berlin je 250 Gramm ungeschaltete Karmelose zur Ausgabe. Der Kleinhandelspreis beträgt für 500 Gramm 3,70 M., für 250 Gramm 1,85 M. Die Anmeldung findet in den durch ein Ausschlagschild gekennzeichneten Geschäften am Donnerstag, den 12. Februar, den 13. und Sonnabend, den 14. Februar, statt.

Bankrott. Auf die Abschnitte 6 d. e. i und g der Kartoffellisten der Gemeinde Berlin-Tankum entfallen je 100 Gr. Bohnenmehl, also zusammen 400 Gr. Der Preis beträgt für 500 Gr. 2 M., für 400 Gr. 1,60 M. Die vorerwähnten Abschnitte sind noch Ablauf von spätestens 5 Tagen in der gleichen Weise mit dem Bemerkt „Kartoffel“ bei der Lebensmittelabteilung, Treptowstr. 1, Treptow, Zimmer 12 zwischen 9 und 1 Uhr nachmittags abzuhelfen. Mit dem 14. Februar verlieren die oben erwähnten Abschnitte ihre Gültigkeit.

Waldenberg. Pakt Beschluß des Pflanzberges städtischen Rohstoffauswertungsamtes wird am Sonntag, den 14. d. M., in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamtenvereins ein Verkauf von gelagerten Ochsenschwänzen (ausländische Ware) stattfinden. Kaufberechtigt ist — soweit der Vorrat reicht — jeder Waldenberger Einwohner. Mitglieder der Konsumvereine dürfen nicht bevorzugt werden. Der Verkauf erfolgt gegen Abnahme der Kohlenstammkarte zum Preise von 11,60 M. für 1 Kilogramm.

Johanniskehl. Vom Freitag, den 13. d. M., ab in den folgenden Kleinhandelsstellen nach Zukunftsbedingen auf Lebensmittel: des Realles Teltow Abschnitt Nr. 8 100 Gramm Kartoffelkartoffel, Abschnitt Nr. 4 125 Gramm Gewürz, Abschnitt Nr. 5 250 Gramm Kartoffeln, Abschnitt Nr. 6 250 Gramm Karmelose. In der Gemeindebevollmächtigten auf Karmelose Lebensmittelkarte Abschnitt 671 1 Päckchen Obst.

Versteigerung. Freitag, den 13. Februar, zu den festgesetzten Zeiten im Gemeindefam, Fleischhaken-Ausgabe, ferner Ausgabe von Fleisch und Speck in diejenigen Einwohner, die nach dem 14. Februar, bei den Kaufpreisen 120 Gramm Margarine für 2,07 M. auf Geld 3 der Fleischkarte.

Staat. Die Ausgabe der Fleischkarten findet am Donnerstag, den 12. und Freitag, den 13. Februar, statt. Gleichzeitig erfolgt die Ausgabe der Fleischkarten für Kranke.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Donnerstag, den 12. Februar, Ratungskommissionssitzung im Rathaus, Zimmer 324. Sonnabend, den 14. Februar, Zentrale im Volkshaus.

Charlottenburg (Bildungsausschuß). Heute abend 7 Uhr Vortrag des Genossen Dr. Seelisch über „Weltkrieg, Schuld und Sühne“ in der Kula, Sobellstraße.

Schöneberg. Der Bildungsausschuß veranstaltet am Sonntag, den 14. d. M., abends 7 Uhr, in der Kula der Chamisso-Schule am Barbarossaplatz einen Konfessionären Kunstabend. Mitwirkend: Frau Dr. Marg. Boehme-Behrendt (Gesang), Herr Musikdirektor Scherchen mit dem Schubert-Chor und Herr Regisseur Emil Kühn. Eintrittskarten à 2 M. sind in der Expedition der „Freiheit“, Goethestraße 13, zu haben.

Beil. Durch den Wechsel einer Zeitungsausdrägerin ist bei verschiedenen Abonnenten der Jahrestroch für Monat Januar nicht kassiert worden, welches in den nächsten Tagen aber nachgeholt wird. Als Beschwerden, die Zeitungspedition betreffend, bitten wir an den Genossen Fritz Diebels, Germania-Promenade 6, zu richten. Das Besten.

Bildungsausschuß Neukölln. Beil. Sonntag, den 15. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Kula der Reichschule, Sobellstr. 13-11, „Heiteres Kunst“. Mitwirkend: Herr Carl Fleming (Gesang), Fr. Hill Wolke (Regulation), Eintrittskarten zum Preise von 1,50 M. in der „Freiheit“-Expedition, Emserstr. 83 und Redaktions- sowie im Bureau.

Bildungsausschuß Neukölln-Sankt-Georg. 14. und 15. Bezirk (U. S. V. D.). Am Sonntag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, findet in der Kula Zwillingstraße der 7. Konfessionären Kunstabend statt. Karten an der Kasse. Kinder unter 12 Jahren kein Eintritt.

Gen. Dr. Rosenfeld kann diesmal seine Kurse am Donnerstag, den 12. Februar, in der Weidenbergstr. 6 (Dritter), am Freitag, den 13. Februar, in Köpenick und am Sonnabend, den 14. Februar, in der Gartenstraße (11. Bezirk) wegen Erkrankung nicht abhalten.

Bereinskalender.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag: Fachgruppe 1 b (Post- und Telegraphen-Beamtenauswechsler) abends 7 1/2 Uhr, Sophienstraße, Sophienstr. 17/18 (Bericht über Tarifverhandlungen). — Fachgruppe 11 (Angestellte der Holz- und Möbelbranche, Abrechnungsgeschäfte) Stellungnahme zum Tarifabschluß abends 7 1/2 Uhr, Schulstraße, Neue Jacobstr. 21/23. Fachgruppe 16 (Kassierer) (Bericht über die Verhandlungen) abends 7 1/2 Uhr, Beiliner Konzert-Säle, Kommandantenstraße 22/23 (Verhandlungsbereitschaft).

Buchhändlerverband. Freitag abend 8 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses Versammlung aller in Buchhändler- und Buchdruckerbetriebe beschäftigten Buchhändler, Buchdrucker und Arbeiterinnen.

Verband sog. Lehrer und Lehrstufen (U. S. V. D.). Freitag, den 13. Februar, 5 Uhr, Sitzung der Gesamtkonferenz 2. Zimmer 13, sehr wichtige Sitzung.

Deutscher Portierverband, Sektion VII des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes. Freitag abend 6 1/2 Uhr in den Zentral-Kassillen, Neue Jacobstr. 22, große öffentliche Versammlung aller: Portiers, Fahrkassierer, Hausmeister, Felger und Wächler.

Arbeiter-Elternbund. Elternversammlung am Donnerstag, den 12. Februar, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Titauer Straße, Thema: Elternbeiratswahl.

Der Internationale Bund der Kriegesgeschädigten und Krieges Hinterbliebenen, Bundesleitung Berlin, veranstaltet am Freitag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, in der Neuen Welt, Kaiserhofs, einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel „Ehrentag“ von Kram. Eintrittskarten à 1,50 M. sind an der Abendkasse zu haben. Um Beteiligung wird gebeten.

Int. Bund der Kriegesgeschädigten, Hinterbliebenen und Gefangenen, Ortsgruppe Neukölln. Am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 10 Uhr, im Reformatorium Parkhaus, Mühlendammstraße, öffentliche Versammlung der Kriegesgeschädigten.

Samenliste für die Hinterbliebenen der ermordeten Matrosen.

- Abb. d. Gef. Automobil-Neuerungen, Nachtrag 8 M. — D. C. 50 M. — Ja. Frister u. Rohmer 127,50 M. — Ja. Trabellus u. Knapp 65,00 M. — Ja. S. emer, Eichenberg 108 M. — Hoffmann 10 M. — Ja. Emmrich u. Schöning b. Bürger 198,80 M. — Marie Leckow 5 M. — Agnes Grösch 10 M. — Maria Schode 10 M. — Sammlung Rohmann 12,10 M. — Kitz d. Betriebsverwalter 108,50 M. — Von den Tagelöhnern 72,00 M. — Von den Schmiedern 20,50 M. — Von den Damenschneidern 12,50 M. — Von den Hofschneidern 21,50 M. — Von den Schlossern 17 M. — Ja. Ludwig Gubelits u. Co. Eichenberg 2,0 85 M. — Ja. Gehr. Sommer W'lg. Leichter Str. 6. Birns 71 M. — Turnverein Hilde 1. Männer-Abtlg. 46 M. — Große Berl. Straßenbahn Flotz I d. Schiffe 108 M. — Personal der Jreanantall Buch d. Berlin 140 M. — Feuermacher Stöckhormer Str. 25 M. — Pfingstlinge der Landesversicherung Feuerkasse im Albrechtshaus b. Stige 20 M. — Ungenannt 20 M. — Unbekannt 5 M. — R. Hing 20 M. — V. Hilde I. Hilde 5 M. — Regierort Charlottenburg Arb. d. Hllig. Brennerei 100 M. — Wagenmacher b. G. H. Berl. Straßenbahn Pflanzberg Bohnhofstr. 24 d. Gen. Kober 33,50 M. — Güterboden 100 M. — Hr. Bräuer, Dillstr. 10 M. — D. Angell. Rote Gasse 4. E. S. Brunnenstr. 11, 65 M. — Angell. d. Reichshaus I. Familie u. Hllig. Bauwerk Pflanzberg Str. 20,20 M. — J. Zwiesler, Beil. 10 M. — Beleglosh der Portierwerks Berlin 60 M. — J. Bernicke Berlin d. d. Markhalt 6. Ja. Romani 25 M. — E. Mehnert, Berlin 5 M. — G. Raimann, Berlin 50 M. — Fr. Orth, Berlin, Barmbecker. 20 M. — Dr. A. Turck, Charlottenburg 20 M. — Roll. d. Ja. Bergmann d. B. Scholz 25 M. — Ortsgruppe Wollersdorf d. U. S. V. d. Eisenhölzer 25 M. — G. König Sammlung d. Köhlerarb. d. U. S. V. Flotz I 55 M. — Meister d. Druckes Gubelstr. 14, 70 M. — Müller, Hilde Hildestr. 5 M. — Fr. Brunnenmann 5 M. — Kom. Becker 5 M. — Roll. d. Ja. Wölke u. Schmidt 14,50 M. — S. Schuppen 13 M. — Voltz 5 M. — Fr. Gerd. Bredemstr. 33, 10 M. — Ueberführung einer T. Versammlung d. Volkshaus 13 M. — Emil Klein 3 M. — Ed. der 5 M. — Arb. d. Ja. Wölke u. Drenkel 5 M. — C. M. Hölzer d. Gen. Weinhandlung, Erwerbslosen-Hilfe 167,10 M. — 35. Hllig. d. Hllig. Straßenreinigung d. Spilke 49 M. — Fr. Kruse 3 M. — W. Köhler 3 M. — Rassenstet d. Friedrich-Wilhelm-Verkehrung 20 M. — Hllig. Personal der Buchdrucker, Greme 30 M. — Arb. u. Angell. d. Ja. Hllig. Adenicher Str. 110, 50 M. — Arb. d. Pumpenfabrik Fritz Hllig. Eisenhölzer 80 M. — Arb. d. Ja. Sommerfeld 78 M. — Berliner Spd. Berlin Schöneberger Str. 213 M. — Jam. Keil, Neukölln 10 M. — Gen. Kowatz, Neukölln 3 M. — Große Berl. Straßenbahn Bohnhof 10 77,70 M. — Franz Freilichmidt, Soltesee 1 M. — Roll. d. Ja. Hllig. Wilmersdorf, Weihensee 93,75 M. — Roll. d. Hllig. Straßenreinigung Hllig. 27 25 M. — Berlin Berliner Spd. Berlin, Pauline Str. 212 M. — Gesammelt d. Kaul 25 M. — Neumann, Drehtort 10 M. — Kaulies 20 M. — D. Hllig. 100,50 M. — D. Wölke 5 M. — D. Wilmersdorf 20 M. — Goffen 23,25 M. — Schwärze 41,20 M. — Wollst 27,25 M. — Boltz 76,15 M. — Lehmann 4 M. — Ritzmoler 2 M. — Apollinarium a. D. Hans Wölke Hochzeit Neumark 100 M. — A. B. 5 M. — Roll. d. Ja. Juchold u. Rllig. 20,50 M. — Ja. Deutlich Sp. Hllig. Wollersdorf, Hllig. Str. 27 15 M. — Arb. d. Hllig. Eisenhölzer u. Angell. d. Kowatzes R. Israel 27 M. — Kranke 5 M. — Schmolz 10 M. — Ja. Wölke u. Co. 115 M. — Franz Dierberg 5 M. — Gefangenerin Zukunft Niederhöndchen 55 M. — Wölke, Lebensversicherung 5 M. — Von Siemens u. Solche, Danstels Neue Friedrichstr. 60 M. — Gen. Post 5 M. — Berl. Hochschule d. Witten u. Co. 202 M. — Arb. d. Wilmersdorf d. Ja. Rllig. Brunnenstr. 10,50 M. — Eisenhölzer Wollersdorf Brunnenwald Wogenmiller Wagenhölz 47,50 M. — Gesamtsumme: 22.347,62 M.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Willepp, Neukölln, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt m. b. H., Schillingwerderdamm 19